

---

**Von:** Brandt, Lothar [mailto:Lothar.Brandt@spd.de]

**Gesendet:** Montag, 8. Oktober 2007 11:55

**An:** undisclosed-recipients:

**Betreff:** PM zur gep. Steinkohlekraftwerk Lubmin z.Kenntnis

## **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Kreisverband Greifswald

Montag, 8. Oktober 2007

### **Pressemitteilung**

#### **SPD Greifswald: Nein zum geplanten Steinkohlekraftwerk**

Die Greifswalder SPD hat sich auf einer Mitgliederversammlung am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit gegen den Bau des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin ausgesprochen. Das vorgesehene Kraftwerk stehe im krassen Widerspruch zu allseits anerkannten Klimaschutz-Zielen und gefährde die touristischen und ökologischen Entwicklungsmöglichkeiten der gesamten Region Vorpommern.

Die Greifswalder SPD reiht sich damit in den Kreis der vorpommerschen SPD-Kreisverbände ein, die weitgehend einhellig eine industrielle Entwicklung am Standort Lubmin unter Verzicht auf den Bau des geplanten Steinkohlekraftwerkes fordern. Die Sozialdemokraten sehen die auch von der Bundesregierung verfolgte Klimaschutzpolitik nachhaltig gefährdet, wenn der „in europäischen Nachbarländern in dieser Form nicht mehr genehmigungsfähige Steinkohle-Meiler“ gebaut würde. Die Genossen befürchten erhebliche Einschränkungen für den Tourismus in Vorpommern, sollte das Steinkohlekraftwerk kommen. Eine industrielle Entwicklung in Lubmin sei mit der Gas-Pipeline, den bereits genehmigten Gas-Kraftwerken und den Ansiedlungen aus den Bereichen Biotechnologie, maritime Wirtschaft sowie diversen anderen Bereichen auch ohne die „Technik des vergangenen Steinkohle-Jahrhunderts“ erfolgversprechend.

Das beste Kraftwerk sei jenes, das erst gar nicht gebaut werde, hatte der Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium Michael Müller (SPD) auf dem SPD-Forum zum Steinkohlekraftwerk in Greifswald festgestellt.

„Wir wollen genau dieses beste Kraftwerk“, beschlossen die Greifswalder Sozialdemokraten mit großer Mehrheit und erteilten der Energie aus Steinkohle in Lubmin eine Absage.

V.i.S.d.P.: Christian Pegel, SPD-Kreisvorsitzender